



## Volksinitiative für den Erhalt der Theater- und Orchesterstrukturen in MV

25. APRIL 2012 Rede

### IN WORT UND BILD



## Politikzirkus um Betreuungsgeld hat M-V erreicht

25. APRIL 2012 Rede

### LINKS

- DENKWERKSTATT 2020
- DIE LINKE.
- DIE LINKE. SCHWERIN
- LINKSFRAKTION MV
- MITGLIED WERDEN



**Helmut Holter** on Facebook



163 people like **Helmut Holter**.



M H Max



Klaus-Dietrich



Jürgen



Enrico



Zur heutigen Aktuellen Stunde „Frühkindliche Bildung stärken – Fernhalteprämie stoppen“ :

Die heutige Aktuelle Stunde ist ein erneuter Beleg für die Uneinigkeit der Großen Koalition in wesentlichen Fragen. Mit der Diskussion um das Betreuungsgeld hat der Politikzirkus auf

SUCHEN

Bundesebene MV erreicht. Das Thema diene wieder einmal als Versuch der SPD und ihrer Bundes-Vize, Sozialministerin Schwesig, sich auf Kosten ihrer Koalitionspartnerin CDU zu profilieren.

Die CDU will mit dem sogenannten Betreuungsgeld eine Leistung subventionieren, die schon über das Kindergeld und Steuerfreibeträge abgedeckt ist. Wie heute bekannt wurde, sollen die Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfänger wieder einmal leer ausgehen. Sie werden keinen Cent erhalten. Die SPD, Erfinderin des Hartz-IV-Systems, hat dem Betreuungsgeld in der großen Koalition 2008 zugestimmt und bekämpft jetzt die geplante Regelung mit allen Mitteln. Auch deshalb ist der Versuch von Sozialministerin Schwesig unglaublich, sich als Verfechterin für soziale Gerechtigkeit und einer modernen Familienpolitik darzustellen. Das ist Politik nach reinem Parteikalkül – um die Familien, die Eltern oder die Kinder geht es dabei nicht. Es wird auch künftig in wichtigen Punkten auf Bundesebene keine eindeutige Position der Landesregierung geben, weil sich die Regierungspartner gegenseitig blockieren.

## SIE WOLLEN MICH UNTERSTÜTZEN?

Spenden an:  
DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern

Konto: 0255 957 200  
BLZ: 140 80000  
Zahlungsgrund: Unterstützung Helmut Holter

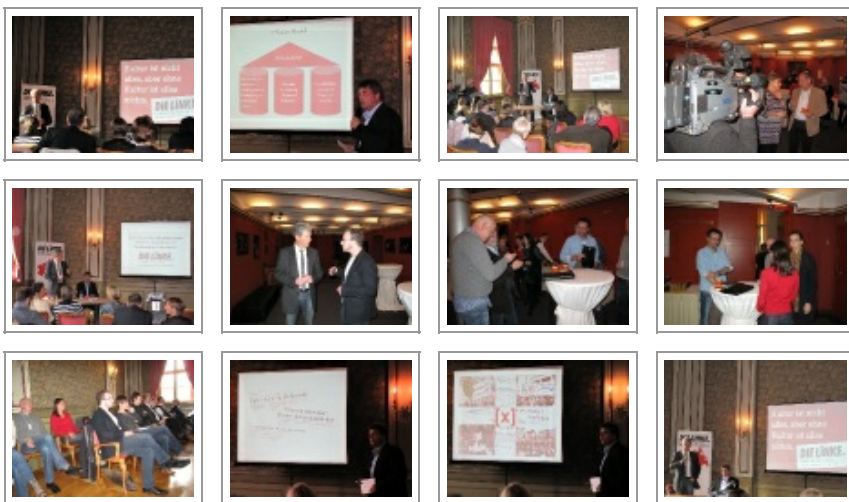
## Probleme bei Fachkräftesicherung endlich aktiv angehen

23. APRIL 2012  Standpunkt

Aus den Ergebnissen der Untersuchung „Fachkräftesicherung in Mecklenburg-Vorpommern“ müssen die richtigen Schlussfolgerungen gezogen werden. Das Wissen um die sich zuspitzende Lage bei der Fachkräftesicherung muss endlich dazu führen, dass die neue, alte Landesregierung die Probleme in Angriff nimmt. Um die anhaltende Abwanderung vor allem gut qualifizierter junger Leute zu stoppen, muss endlich Schluss sein mit den niedrigen Löhnen und Ausbildungsvergütungen. An einer möglichst raschen Einführung eines flächendeckenden Mindestlohn führt kein Weg vorbei. Die Aussage des Wirtschaftsministers, eine Verbesserung der Lohnsituation sei erst in 5 Jahren möglich, sei inakzeptabel, denn das Ringen um Fachkräfte wird sich in absehbarer Zeit noch weiter verschärfen. Auch die mangelnde Ausbildungsreife der Lehrstellenbewerberinnen und -bewerber ist ein längst bekanntes Problem. Es muss verstärkt in Bildung investiert werden, auch um den alarmierenden Fachlehrermangel an den Berufsschulen zu beheben. Zum Nulltarif ist bessere Bildung aber nicht zu haben.

## Wieviel Kultur braucht dieses Land?

17. APRIL 2012  Standpunkt



Es ist an der Zeit, dass die Theater und Orchester des Landes nach Jahren der Unsicherheit und existenziellen Bedrohung endlich zuversichtlich in die Zukunft blicken können. Dies liegt nicht nur im Interesse der Künstlerinnen und Künstler sowie aller Beschäftigten an den Standorten. Der Erhalt der Qualität und Vielfalt der Theater und Orchester ist für eine demokratische Gesellschaft insgesamt unerlässlich. Überall dort, wo Kultur stattfindet, werden Werte vermittelt und findet demokratische Bildung statt. Wir unterbreiten mit unserem Konzept Vorschläge, die Theater und Orchester nachhaltig zu sichern – in ihrer kulturellen Vielfalt und künstlerischen Qualität. Land, Kommunen, die Wirtschaft sowie die Theater und Orchester müssen ihren Beitrag zur Sicherung der Strukturen leisten. Erforderlich ist allerdings auch eine Änderung der Rahmenbedingung

## Wir brauchen eine Paketlösung

12. APRIL 2012  Interview

Gesine Löttsch tritt aus familiären Gründen als Linken-Vorsitzende zurück. Was bedeutet das für DIE LINKE?

Das bedeutet zweierlei: Wir müssen jetzt wieder eine Personaldebatte führen, die wir vor den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein nicht haben wollten. Das Gute ist

aber: Es wird eine offene Diskussion über die Besetzung der neuen Parteiführung möglich.

Sollte es vor den Landtagswahlen Klarheit über die künftige Führung geben?

Spannend ist, ob es vor dem Parteitag im Juni einzelne Kandidaturen oder eine Paketlösung geben wird. Ich finde: Wir brauchen eine Paketlösung mit Personen, die für eine moderne und zukunftsfähige Linke stehen. Wir müssen die Frage beantworten, wer die Partei am besten in die Bundestagswahl 2013 führen kann. Es darf jetzt nicht darum gehen, wer welche Begehrlichkeiten hat.

Viele in der Linkspartei wünschen sich ein Comeback Oskar Lafontaines. Kann er die Partei aus der Krise führen?

Oskar Lafontaine sollte bei der Bundestagswahl 2013 eine herausragende Rolle spielen. Seine Rückkehr auf die Bundesbühne würde der Linken neuen Schwung geben. Ob er Spitzenkandidat oder Parteivorsitzender werden sollte, hängt vom Gesamtpaket ab.

Andere wünschen sich das Duo Dietmar Bartsch und Sahra Wagenknecht an der Parteispitze.

Ich unterstütze Dietmar Bartsch bei seiner Kandidatur zum Parteivorsitz, er kommt aus unserem Landesverband. Mir kommt es aber auf eine überzeugende Gesamtlösung an.

Bei den bevorstehenden Wahlen in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein droht die Linke, aus den Landtagen zu fliegen. Ist damit der Traum von der gesamtdeutschen Partei vorbei?

Die Linke ist gerade in einer Phase, in der sie sich behaupten muss. Wenn uns der Wiedereinzug in die Landtage nicht gelingt, würden wir politisch an Boden verlieren, nicht nur in Westdeutschland. Entscheidend ist, dass wir den Wählern ein gutes inhaltliches Angebot machen müssen. Wir dürfen nach dem Rückzug von Gesine Lötzsch nicht wieder in Selbstbeschäftigung verfallen und die Menschen im Land vergessen.

Fehlt der Linken die Machtperspektive?

Die Linke muss sich weiter profilieren. Wir müssen uns in den nächsten Wochen und Monaten auf originäre linke Themen fokussieren und damit wieder mehr Zustimmung gewinnen. Alle anderen Fragen stellen sich immer erst nach Wahlen.

(Interview: Tagesspiegel / Cordula Eubel)

---

## 83,6 Millionen Euro weniger vom Bund für Arbeitsmarktpolitik im Land

02. APRIL 2012  Standpunkt

Die so genannte Instrumentenreform in der Arbeitsmarktpolitik, die jetzt in Kraft getreten ist, wird sich negativ auf das Land auswirken. Diese Reform ist mit drastischen Mittelkürzungen verbunden, die allein für MV im Vergleich zum Vorjahr 83,6 Mio Euro betragen. Dies ist ein Rückgang von mehr als 31 Prozent, der in diesem Ausmaß mit dem Sinken der Arbeitslosenzahlen nicht begründet werden könne.

Zu kritisieren sind auch die Fördermodalitäten bei der Eingliederung von Arbeitslosen. So ist es nicht erforderlich, dass die geförderten Unternehmen tarifliche oder ortsübliche Löhne zahlen müssen. Niedriglohn wird so weiter staatlich Vorschub geleistet. Auch die prozentuale Beschränkung der Mittel für die Eingliederung und freie Förderung führen nicht wie beabsichtigt zur Flexibilisierung der Instrumente, sondern schränken deren Anwendung von vornherein ein.

Die massive Ausweitung des Ermessensspielraums für die Arbeitsvermittler wird unter dem Druck der rigorosen Mittelkürzungen dazu führen, dass weniger statt mehr arbeitssuchende Frauen und Männer unterstützt werden.

In diesem Zusammenhang ist die Ausweitung des Gutscheinsystems insgesamt fraglich, da immer mehr bürokratische Hürden aufgebaut werden, die eine Inanspruchnahme erschweren.

Ich erwarte von der zuständigen Arbeitsministerin des Landes, dass sie endlich eigene Vorschläge präsentiert, um die Eingliederungschancen insbesondere von Älteren und Langzeitarbeitslosen zu verbessern. Doch seit ihrem Amtsantritt hüllt sich die Ministerin in Schweigen. Auch von den angekündigten Initiativen für sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse ist weit und breit nichts zu sehen. Meine Fraktion wird im Rahmen der anstehenden Haushaltsberatungen Verbesserungen in der Arbeitsmarktpolitik der Landesregierung einfordern.

---

## Bildungspaket grenzt arme Kinder aus – Etikettenschwindel beenden!

30. MÄRZ 2012  Standpunkt

Ein Jahr nach Einführung des Bildungs- und Teilhabpakets für bedürftige Kinder ist es höchste Zeit, diesen Etikettenschwindel zu beenden. Alle Versuche der Hartz-IV-Parteien dieses hochbürokratische Konstrukt schön zu reden, laufen ins Leere, denn die Umsetzung spricht eine

deutliche Sprache. Sie sei pädagogisch fragwürdig, gehe an der Lebenswirklichkeit vorbei und komme bei den Anspruchsberechtigten nicht an. So sind von den 45 Mio Euro, die der Bund MV pro Jahr zur Verfügung stellt, 2011 lediglich rund 9 Mio Euro abgeflossen.

Das Bildungs- und Teilhabepaket grenzt Kinder aus. Auch nach einem Jahr sind die „Anlaufschwierigkeiten“ nicht behoben. Weiterhin dürfen nur die Kinder am Nachhilfeunterricht teilnehmen, bei denen die Gefahr besteht, dass sie das Klassenziel nicht erreichen. Dies wird aber erst nach einem halben Jahr bzw. zum Ende des Schuljahres festgestellt. Es wird unnötig Zeit vergeudet, Kinder müssen sofort unterstützt werden, wenn sich Leistungsschwächen zeigen, nicht erst, wenn die Versetzung gefährdet ist. Derzeit können arme Kinder nicht gezielt gefördert werden. Das ist Ausgrenzung per Gesetz, die soziale Herkunft bleibt Maßstab für den schulischen Erfolg.

Das Bildungs- und Teilhabepaket ist verfassungswidrig. Arme Kinder brauchen kein kompliziertes Gutschein-System, sondern transparent ermittelte und bedarfsgerechte Regelsätze, die eine gesunde Entwicklung und tatsächliche Teilhabe ermöglichen. Das war auch die Forderung des Bundesverfassungsgerichts, die von der Bundes- und Landespolitik schlicht ignoriert wird. Anstatt das selbst mit ausgehandelte Bildungspaket heute scheinheilig als zu bürokratisch zu geißeln, sollte sich die Sozialministerin des Landes für eine verfassungskonforme Neuregelung der Regelsätze stark machen.

---

## Guter Lohn für gute Arbeit muss auch für Handwerksbetriebe gelten

27. MÄRZ 2012  Standpunkt

Die Kritik des Wirtschaftsverbandes Handwerk an der Einführung eines Mindestlohnes im Vergabegesetz geht an den Realitäten des Landes vorbei. Die Menschen müssen für ihre Arbeit so bezahlt werden, dass sie davon leben können, guter Lohn für gute Arbeit muss deshalb auch für Handwerksbetriebe gelten. Ein Mindestlohn liegt auch im Interesse der Betriebe selbst. Der demografische Wandel macht auch vor den Werkstoren nicht Halt, schon heute wird vielerorts ein gravierender Fachkräftemangel beklagt. Neben einer erfolgreichen Schullaufbahn und einer guten Ausbildung gehört eine angemessene Bezahlung dazu, wenn es gilt, dem Fachkräftemangel effektiv entgegenzuwirken.

Da ein Mindestlohn die Kaufkraft im Land stärkt, könne davon auch das Handwerk profitieren. Wenn die Menschen mehr Geld in der Tasche haben, können sie auch stärker Leistungen in diesem Bereich in Anspruch nehmen.

Nach Auffassung der Linksfraktion geht die geplante Verankerung eines Mindestlohns von 8,50 Euro im Vergabegesetz in die richtige Richtung. Wir bleiben allerdings bei unserer Forderung nach einem flächendeckenden Mindestlohn von 10 Euro. Dabei geht es nicht um einen Überbietungswettbewerb, wie uns des Öfteren unterstellt wird, sondern darum, Altersarmut zu verhindern.

---

## Theater muss sein

26. MÄRZ 2012  Unterwegs



# Guter Lohn für gute Arbeit

26. MÄRZ 2012  Unterwegs



Guter Lohn für gute Arbeit – dies muss selbstverständlich auch für die Kolleginnen und Kollegen im Öffentlichen Dienst gelten. Die Beschäftigten auch in MV machen völlig zu Recht deutlich, dass sie am wirtschaftlichen Aufschwung partizipieren wollen. Die Forderung nach 6,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt ist angemessen. Damit auch in den unteren Entgeltgruppen eine vernünftige Lohnerhöhung ankommt, ist auch die Forderung nach mindestens 200 Euro vernünftig. Ein guter Tarifabschluss ist auch ein Beitrag zur Stärkung der Binnennachfrage. Wer mehr im Geldbeutel hat, kann auch mehr konsumieren. Die Kolleginnen und Kollegen haben meine Solidarität und Unterstützung. Die Arbeitgeber sollten es nicht soweit kommen lassen, dass ein besserer Tarifabschluss mit unbefristeten Streiks erzwungen werden muss.